Stand: 15.11.2026 20:09:07

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/12409

"BAföG-Schlamassel beenden: Studierende müssen studieren können!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/12409 vom 17.06.2026
2. Beschluss des Plenums 19/12436 vom 17.06.2026
3. Plenarprotokoll Nr. 82 vom 17.06.2026

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 17.06.2026 **Drucksache** 19/**12409**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Kerstin Celina, Andreas Hanna-Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Julia Post, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

BAföG-Schlamassel beenden: Studierende müssen studieren können!

Der Landtag wolle beschließen:

Angesichts des Scheiterns der angekündigten und im Koalitionsvertrag festgehaltenen Reform des BAföG wird die Staatsregierung aufgefordert, sich auf Bundesebene mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass das BAföG umgehend so reformiert wird, dass es Studierenden einen auskömmlichen Lebensunterhalt ermöglicht – damit Studierende sich, statt sich um die Erfüllung ihrer notwendigen Daseinsbedürfnisse zu sorgen, vordringlich auf ihr Studium konzentrieren können.

Insbesondere wird die Staatsregierung aufgefordert, sich per Bundesratsinitiative und auf allen weiteren politischen Ebenen dafür einzusetzen, dass

– die Höhe des BAföG-Grundbedarfssatzes es Studierenden ermöglicht, auch ohne die finanzielle Unterstützung der Eltern sich ein Studium zu finanzieren. Hierzu ist eine Anhebung des BAföG-Grundbedarfssatzes auf das Niveau des Bürgergeld-Regelsatzes vorzusehen.

– ein Mechanismus eingeführt wird, der dafür sorgt, dass der BAföG-Grundbedarfssatz automatisch an die Inflationsentwicklung angepasst wird.

– Leistungen nach dem BAföG der Höhe von Wohnkosten gerecht werden. Hierzu soll eine Anpassung der Wohnkostenpauschale an das regionale Mietniveau erfolgen, die sich an den Stufen der Wohngeldverordnung orientiert.

– Leistungen nach BAföG stärker unterschiedliche Lebensrealitäten berücksichtigt und somit auch Teilzeitstudiengänge oder Studienfachwechsel eine Förderung nicht länger verhindern.

– die Antragsstellung erheblich vereinfacht wird.

Begründung:

Studierende sind unsere Zukunftsträger. Doch zunehmend geraten immer mehr Studierende unter massiven finanziellen Druck: 36 Prozent der Studierenden gelten als akut armutsgefährdet. Gleichzeitig steigen die Lebenshaltungskosten immer weiter. In München kostete zum aktuellen Sommersemester ein WG-Zimmer im Schnitt ganze 800 Euro.

Parallel dazu ist die Anzahl derer, die Leistungen nach BAföG erhalten in den letzten Jahren weiter gesunken: nur noch 11,5 Prozent der Studierenden erhalten aktuell BAföG-Leistungen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Dies riskiert den Studienerfolg eines großen Teils der Studierenden – und sorgt dafür, dass nicht mehr nur Talent darüber entscheidet, wer ein Studium aufnimmt, sondern immer mehr der Geldbeutel der Eltern.

Die Bundesregierung hat im Rahmen des Koalitionsvertrages festgehalten, eine Reform des BAföG rasch anzustreben. Doch nach langem Gezanke zwischen den Ministerien gab Forschungsministerin Dorothee Bär bekannt, dass das Vorhaben eingestampft werde.

Ein Wortbruch für alle jungen Menschen und eine fatale Entscheidung für unsere Zukunft. Wir können es uns nicht leisten, dass Bildung immer stärker von der Herkunft abhängt und Studierende in einem derart großen Umfang neben dem Studium arbeiten müssen.

Daher braucht es jetzt umgehend eine rasche Reform, die dafür sorgt, dass Studierende unkompliziert Unterstützung erhalten, die es ihnen erlaubt, sich auch ausreichend auf ihr Studium zu konzentrieren.

Wir fordern daher die Staatsregierung auf, die nicht zuletzt in Teilen aus der Partei besteht, die im Bund die zuständige Bundesministerin für Forschung, Technologie und Raumfahrt Dorothee Bär stellt, auf, umgehend eine Bundesratsinitiative zur Novellierung des BAföG vorzulegen.

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 17.06.2026 **Drucksache** 19/**12436**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Kerstin Celina, Andreas Hanna-Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Julia Post, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Drs. 19/**12409**

BAföG-Schlamassel beenden: Studierende müssen studieren können!

Ablehnung

Die Präsidentin
I.V.

Alexander Hold
II. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold
Abg. Katja Weitzel
Abg. Verena Osgyan
Abg. Dr. Stephan Oetzinger
Abg. Ulrich Singer
Abg. Prof. Dr. Michael Piazolo
Staatsminister Markus Blume

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Katja Weitzel, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)
Wortbruch auf Kosten der jungen Generation stoppen - BAföG-Reform jetzt auf Bundesebene durchsetzen und Studierende vor der Armutsfalle bewahren!
(Drs. 19/12393)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
BAföG-Schlamassel beenden: Studierende müssen studieren können!
(Drs. 19/12409)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
BAföG-Reform wie geplant zum Wintersemester umsetzen! (Drs. 19/12410)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile das Wort an die Kollegin Katja Weitzel für die SPD-Fraktion.

Katja Weitzel (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute möchte ich einmal mit einem Zitat beginnen. Dieses stammt nicht von uns, sondern von der CSU-Fraktion. Diese hat nämlich im Jahr 2024 im Wissenschaftsausschuss

einen Dringlichkeitsantrag mit dem Titel "Eine echte BAföG-Reform jetzt!" gestellt. Ich zitiere einmal das Ziel dieses Antrags: "Freibeträge und Fördersätze deutlich erhöhen, Wohnpauschalen an örtliches Mietniveau anpassen". – Das war vor gut zwei Jahren. Und heute? – Heute steht die CSU auf Bundesebene auf der Bremse. Die zuständige Bundesministerin hat den Reformprozess infrage gestellt. Was die CSU hier in Bayern vor zwei Jahren noch lautstark gefordert hat, blockiert sie jetzt in Berlin. Das ist kein politischer Kurswechsel, das ist Wortbruch, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dieser Wortbruch geht auf Kosten der jungen Menschen.

Lassen Sie mich kurz die heutige Realität der Studierenden in Bayern beschreiben. Mehr als ein Drittel aller Studierenden ist armutsgefährdet. Das ist keine Behauptung von uns, sondern eine dringliche Warnung des Deutschen Studierendenwerkes. Die Wohnkostenpauschale im BAföG liegt im Moment immer noch bei 380 Euro. Das gilt auch für München, Erlangen und Würzburg. Wer weiß, was ein WG-Zimmer in München kostet, weiß auch, dass dieser Betrag einer Verhöhnung gleichkommt; denn die Studierenden zahlen längst das Doppelte, manchmal sogar mehr, und der Staat sieht zu.

Was sagt die zuständige Bundesministerin Dorothee Bär dazu? – Sie findet, es sei kein Drama, wenn Studierende jobben müssen. Sie warnt sogar vor einem sogenannten "Vollkaskostudium" und bezeichnet Studieren trotz aller Finanzierungsnöte als großes Privileg. Ich sage Ihnen: Wer weiß, was es bedeutet, gleichzeitig in Vollzeit lernen und nebenbei Geld für den Lebensunterhalt verdienen zu müssen, empfindet die Aussage nicht als Ermutigung, sondern als Hohn.

(Beifall bei der SPD)

Studierende sind doch keine Bittsteller, sondern die Fachkräfte von morgen. Der Staat hat ihnen gegenüber eine Verantwortung. Die Konsequenzen sind doch längst absehbar: Immer mehr Studierende arbeiten neben dem Studium, nicht um sich Extras zu gönnen, sondern um ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. Das verlängert die Studien-

zeiten, mindert die Ausbildungsqualität und erhöht die Abbruchquoten. In Zeiten eines eklatanten Fachkräftemangels können wir uns das schlicht nicht leisten.

Aber es geht nicht nur um Fachkräfte und Wirtschaftsleistung, sondern um das Versprechen des Staates an die jungen Menschen, dass Bildung keine Frage des Geldbeutels der Eltern ist. Anders ausgedrückt: Es geht darum, das Aufstiegsversprechen durch Bildung für alle zu ermöglichen. Dieses Versprechen wird gerade gebrochen, und zwar mit dem ausdrücklichen Segen der zuständigen Bundesministerin. Die Ampelkoalition hatte auf Bundesebene bereits die wichtigen Weichen gestellt, Freibeträge erhöht, neue Förderoptionen für Fachwechsler geschaffen und eine Studierendenstarthilfe für einkommensschwache Erstsemester eingeführt. Diese Verbesserungen sind jedoch durch die erhebliche Inflation und den Anstieg der Lebenshaltungskosten in den letzten Jahren längst aufgezehrt worden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb brauchen wir jetzt den nächsten Schritt, und zwar wie im Koalitionsvertrag vereinbart.

(Beifall bei der SPD)

Unser Antrag fordert die Staatsregierung auf, ihrer Verantwortung gerecht zu werden, durch eine Bundesratsinitiative und auf politischer Ebene Druck auszuüben und sich dafür einzusetzen, dass die Wohnkostenpauschale zum Wintersemester 2026/2027 auf mindestens 440 Euro steigt, die Bedarfssätze spürbar angehoben werden und Digitalisierung sowie Bürokratieabbau bei der Antragstellung endlich umgesetzt werden. Das sind keine revolutionären Forderungen, sondern Vereinbarungen, die in einem Koalitionsvertrag in Berlin geschlossen wurden. Daran war die Bayerische Staatsregierung mit der CSU beteiligt. Sie sitzt nämlich in dieser Koalition in Berlin, hat Einfluss, die Pflicht und – das darf ich noch einmal in Erinnerung rufen – selbst vor zwei Jahren genau das gefordert, was wir heute beantragen. Eine echte BAföG-Reform wurde gefordert. Wer das vor zwei Jahren verlangt, kann heute nicht schweigen, wenn die eigene Partei in Berlin genau diese Reform blockiert.

Wir erwarten, dass die Staatsregierung handelt und ihrer Verantwortung gerecht wird. Die Studierenden in Bayern können nämlich nicht warten.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Verena Osgyan für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Verena Osgyan (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ehrlich gesagt bin ich immer noch etwas fassungslos, zum einen, weil die BAföG-Reform beinahe einfach so abgesagt worden wäre – die Hoffnung stirbt zuletzt –, zum anderen über die danach erfolgten dreisten und hilflosen Beschwichtigungsversuche. Es sei "kein Drama, wenn Studierende neben dem Studium jobben". Dieses Zitat von Wissenschaftsministerin Bär haben wir gerade schon gehört. Das muss für junge Menschen arrogant, selbstverliebt und völlig an ihrer Lebenswirklichkeit vorbei klingen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Wahrheit ist doch: Natürlich schadet es nicht zu jobben, wenn es sich um einen Nebenverdienst handelt. Das haben viele von uns damals gemacht, ich auch. Aber es geht ja nicht um das Jobben, sondern darum, dass mittlerweile zwei Drittel der Studierenden in hohem Ausmaß nebenbei arbeiten müssen, um sich ihren Lebensunterhalt zu sichern. Mehr als ein Drittel der Studierenden ist trotzdem armutsgefährdet. Früher, als das BAföG bei seiner Einführung 1971 das zentrale Aufstiegsversprechen einlösen sollte, haben noch 40 % BAföG bezogen. Jetzt sind es nicht einmal mehr 12 %. Das zeigt: Das BAföG in seiner jetzigen Form ist an der Realität gescheitert. Man hätte längst den zweiten Schritt der BAföG-Reform gebraucht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Mieten in den Großstädten explodieren weiterhin ungehemmt. In München liegt die Monatsmiete für ein WG-Zimmer mittlerweile bei durchschnittlich 800 Euro. Wenn man sieht, wie die BAföG-Sätze über Jahre hinweg nicht an die Inflation angepasst

wurden, muss man feststellen: Der angenommene Grundbetrag liegt mittlerweile weit unter dem Existenzminimum. So kann es nicht weitergehen. Viele Studierende wissen unter diesen Umständen nicht, wie sie sich ihr Essen besorgen und ein Dach über dem Kopf sichern sollen, wenn sie keine betuchten Eltern haben. Das kann wirklich nicht sein. In dieser Notlage sollen sie lernen, sich fortbilden und später einen erfolgreichen Berufseinstieg schaffen.

Deshalb müssen wir dringend handeln. Vor wenigen Wochen wurde im Wissenschaftsausschuss ein Antrag der GRÜNEN zu diesem Thema beraten. Es waren sich alle einig, dass die BAföG-Reform jetzt kommen muss. Hierüber bestand über die Fraktionsgrenzen hinweg eigentlich eine hohe Übereinstimmung, und im Koalitionsvertrag steht es nach wie vor schwarz auf weiß. Dass das einfach sang- und klanglos hätte abgeblasen werden können, glauben Sie doch selbst nicht. Wie konnte die CSU-Ministerin glauben, sie könne eine Maßnahme groß ankündigen, und müsse dann nicht liefern? – Das ist ein bewusstes Kaputtsparen des Systems auf dem Rücken der jungen Menschen. Junge Menschen auch noch als privilegiert zu bezeichnen, obwohl man selbst in einer sehr privilegierten Machtposition ist, erinnert mich an das Zitat von Marie Antoinette: "Wenn sie kein Brot haben, dann sollen sie doch Kuchen essen!" So geht man mit jungen Menschen nicht um.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn ich es richtig gelesen habe, war Dorothee Bär selbst Stipendiatin der Hanns-Seidel-Stiftung und müsste eigentlich wissen, wie wichtig die Unterstützung im Studium sein kann.

Kolleginnen und Kollegen der CSU, es ehrt Sie, dass Sie diesbezüglich noch nachgezogen sind und die BAföG-Reform auf den Weg bringen wollen. Aber wirken Sie bitte auf Ihre Parteikollegin in Berlin ein, sodass sie auch wirklich für die Studierenden kämpft und sie nicht stattdessen beleidigt. Sie ist nach dem durchaus berechtigten, sehr negativen Presseecho dem Vernehmen nach zurückgerudert, aber wir brauchen

endlich Klarheit, was im Bund Sache ist. Wir brauchen in Bayern auch nicht von Hightech Agenda usw. zu reden, wenn wir die benötigten Fachkräfte von morgen nicht sichern. Diese können wir nur ausbilden, wenn sie sich ihr Studium auch leisten können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Ihr Antrag geht aus unserer Sicht in die richtige Richtung, aber ich muss auch hier noch einmal sagen: Sie befinden sich in der Regierung im Bund. Also, nehmen Sie sich bitte Ihre Kolleginnen und Kollegen noch einmal zur Brust, sodass sie diesbezüglich sehr bestimmt auftreten.

(Beifall bei den GRÜNEN – Katja Weitzel (SPD): Wir stehen voll hinter unserem Koalitionsvertrag!)

Ich glaube, der Bayerische Landtag könnte ein starkes Signal aussenden, wenn er allen Anträgen zustimmt, auch dem Antrag der GRÜNEN. Ich schätze am Antrag der Regierungsfraktionen sehr, dass Sie sich jetzt klar für die Reform aussprechen. Eine Bundesratsinitiative wäre an dieser Stelle jedoch noch wirksamer. Ich werbe nach dem Trauerspiel der letzten Wochen also um Zustimmung für alle Anträge.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Der nächste Redner ist Herr Kollege Dr. Stephan Oetzinger für die CSU-Fraktion. Bitte, Sie haben das Wort.

Dr. Stephan Oetzinger (CSU): Verehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute in der Tat ein sehr wichtiges Thema, nämlich das BAföG. Wir sprechen darüber, wie sich Studentinnen und Studenten das Studium finanzieren können. Das ist keine Fußnote in der Debatte zur Hochschulpolitik, sondern ein ganz wesentlicher Baustein dafür, wie Studienbedingungen dazu beitragen können, den Wissenschaftsstandort Deutschland und den Wissenschaftsstandort Bayern weiterhin zu stärken. Deshalb möchte ich eingangs betonen: Ja, wir brauchen eine

BAföG-Reform. Wir brauchen eine Reform, die schnell kommt, und, meine Damen und Herren, diese Reform wird schnell kommen.

Bundesministerin Dorothee Bär hat dies bereits am vergangenen Wochenende im Bayerischen Rundfunk noch einmal deutlich gemacht. Der entsprechende Gesetzentwurf soll noch im Juli ins Kabinett in Berlin kommen. Unser Ziel bleibt, dass das Gesetz zum Wintersemester 2026/2027 in Kraft treten soll.Das ist das gemeinsame erklärte Ziel der Koalitionspartner im Bund, der Unionsparteien und der SPD. Was wir aber heute hier erleben, Kolleginnen und Kollegen der SPD, ist in der Tat mehr als ein parlamentarisches Theater, und dies wider besseres Wissen.

(Beifall bei der CSU)

Was Sie hier tun, ist Angstschüren, eine regelrechte BAföG-Hysterie auszulösen. Mit Ihrem Antrag wollen Sie versuchen, die Union als Bremser darzustellen und die Fakten zu verdrehen, als wären wir diejenigen, die diese Reform in Berlin in irgendeiner Form verzögern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb ist es auch richtig, dass wir heute die Fakten benennen. Fakt ist nämlich, dass sich die CSU vor zwei Jahren mit einem Dringlichkeitsantrag im April 2024 hier im Hohen Haus des Themas angenommen hat, damals gegen den Widerstand der Ampelkoalition, die eben keine große BAföG-Reform angepackt hat, sondern nur ganz kleine Schritte gegangen ist. Ich erinnere daran: Es war unsere klare Forderung von den Regierungsparteien in Bayern, von der CSU und den FREIEN WÄHLERN, dass der Grundbedarf an das Bürgergeldniveau angepasst wird. Es war unsere Forderung, dass wir regional angepasste Wohnkostenpauschalen beim BAföG erhalten, dass wir automatische Anpassungsmechanismen in das Gesetz mit implementieren und dass wir entscheidend entbürokratisieren. Es war eben auch die Union, liebe Kolleginnen und Kollegen, die genau das in den Koalitionsvertrag in Berlin mit hineinverhandelt hat.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Frau Kollegin, vielleicht ist es Ihnen entgangen oder Sie können sich nicht mehr erinnern: Es gab eine einzige Fraktion hier im Hohen Haus, die damals diesen Antrag der Regierungsfraktionen abgelehnt hat, und das war die SPD.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Hört, hört!)

Ich glaube, das ist auch eine Frage der Redlichkeit, dass man das an dieser Stelle deutlich unterstreicht.

(Beifall bei der CSU)

Das, was Sie hier tun, ist nicht die Rettung der Studentinnen und Studenten, sondern ich sage es ganz ehrlich: Das, was Sie hier betreiben, ist schlicht und einfach Etikettenschwindel zulasten der Studentinnen und Studenten.

(Beifall bei der CSU)

Schauen wir uns die Situation der Studentinnen und Studenten an. Einiges wurde bereits von der Kollegin Osgyan genannt. Die Zahl derer, die aktuell BAföG erhalten, ist auf dem tiefsten Stand, seit es das Instrument des BAföG gibt: 11,5 % aller Studentinnen und Studenten in der Bundesrepublik erhalten aktuell diese Förderung. Gleichzeitig erleben wir eine deutliche Verschärfung am Wohnungsmarkt, eine Entwicklung, die insbesondere in München und in anderen Großstädten dramatisch ist: rund 800 Euro für WG-Zimmer. Die Wohnkostenpauschale des BAföG beträgt hingegen aktuell 380 Euro. Eine deutliche Spanne besteht auch zwischen den Studienorten, die wir hier im Freistaat kennen. Beispielsweise kostet das WG-Zimmer in Bamberg oder in Passau ziemlich genau die Hälfte dessen, was in der Landeshauptstadt zu bezahlen ist.

Aber das Kernproblem, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist insbesondere die Frage, wie der Grundbedarf gestaltet ist. Bürgergeldempfängerinnen und -empfänger erhalten nach wie vor mehr als Studierende. Das ist meines Erachtens die eigentliche Ungerechtigkeit, die wir hier erleben. Wer studiert, wer an seiner Zukunft arbeitet, wer eine

Grundlage dafür schafft, dass er später mal Leistungsträger in dieser Gesellschaft ist, erhält weniger als derjenige, der keine Ausbildung macht. Das ist eine Gerechtigkeitslücke. Die müssen wir auf Bundesebene schließen.

(Beifall bei der CSU)

Gerade aus diesen Gründen stehen wir als CSU ganz deutlich und klar für eine echte Reform des BAföG. Wir stehen dazu, was im Koalitionsvertrag in Berlin vereinbart wurde. Ich hoffe, dass das auch unser Koalitionspartner, nämlich die SPD, in Berlin tut und nicht nur hier Appelle nach Berlin schickt, als ob sie dort nicht mitregieren würde.

Wir stehen hier zu unserer Bundesministerin. Deshalb fordern wir mit unserem Antrag ganz klar die wesentlichen Ziele: Erstens. Die Anhebung des Grundbedarfs auf das Bürgergeldniveau, wenn auch stufenweise, wenn das notwendig ist.

Zweitens. Die Dynamisierung und die Regionalisierung der Wohnkostenpauschale.

Drittens. Eine deutliche Steigerung der Einkommensfreibeträge der Eltern, damit eben hier nicht die Mittelschicht am Ende des Tages unter die Räder kommt.

Viertens. Wir fordern eine automatisierte Anpassung, wenn es um die Freibeträge, um Bedarfssätze und Sozialpauschalen geht.

Fünftens. Eine deutliche Entbürokratisierung und Vereinfachung, wenn es um die Anträge und das Antragsverfahren geht.

Sechstens. Mehr Flexibilität, wenn es um den Studienfachwechsel geht oder die Überschreitung der Mindeststudienzeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Damen und Herren, Hohes Haus, die CSU hat das Thema nicht erst heute für die politische Show entdeckt. Die CSU hat das Thema BAföG seit zwei Jahren

(Widerspruch bei der SPD)

hier im Hohen Haus, in Berlin und auch darüber hinaus vorangetrieben. Sie steht zu ihrem Wort. Liebe Kollegin, es hilft auch nichts, wenn Sie das mit Zwischenrufen negieren wollen. Die CSU steht zu ihrem Wort.

(Beifall bei der CSU)

Wir weisen ganz deutlich den Vorwurf des Wortbruchs zurück. Wir werden Ihren Antrag ablehnen. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, für eine Zwischenbemerkung hat die Kollegin Katja Weitzel, SPD-Fraktion, das Wort.

Katja Weitzel (SPD): Herr Kollege, ich muss wieder mal feststellen: Getroffene Hunde bellen einfach. Wenn Sie der SPD-Fraktion hier schon Handeln wider besseres Wissen vorwerfen, dann darf ich mal daran erinnern, dass die Ampelkoalition – SPD-geführt – die erste Bundesregierung seit Jahrzehnten war, die mal wieder eine BAföG-Reform angestoßen hat. Das war unter der unionsgeführten Bundesregierung der Jahrzehnte davor offensichtlich nicht möglich. Das ist mein Punkt eins.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ihr seid, glaube ich, in der Regierung, oder?)

Punkt zwei. Sie haben auf den "Sonntags-Stammtisch" verwiesen. Auch ich habe mir den angeschaut. Auf die mehrfache Nachfrage des Moderators, ob die BAföG-Reform kommt, war die Aussage der Bundesministerin Dorothee Bär: Wir arbeiten daran. – Ich frage Sie: Ist das nach Ihrer Auffassung ein klares Bekenntnis, dass diese Reform kommt? – Ich sage Nein dazu. Ich habe nämlich nicht gehört, dass sie massiv versuchen wird, eventuell noch bestehende Bedenken der Unionsfraktion gegen diese Reform aufzuarbeiten und auszuräumen. Das habe ich nicht gehört.

Dr. Stephan Oetzinger (CSU): Liebe Frau Kollegin Weitzel, Sie sind meines Wissens nach wie vor in Berlin an der Regierung beteiligt. Sie hätten damit auch die Möglich-

keit, sich nicht nur aus den Medien zu informieren, sondern auch bei Ihren Kolleginnen und Kollegen, soweit da ein persönlicher Draht besteht.

Zum Thema Arbeitsweise: Es ist schön, wenn man den Dringlichkeitsantrag für das heutige Plenum offensichtlich in der vergangenen Woche schreibt, am Freitagmittag ins Wochenende geht und dann am Wochenende die Medien nicht entsprechend verfolgt. Es ist ein klares Bekenntnis da, dass diese Reform kommen soll.

(Katja Weitzel (SPD): Nein! Wo denn?)

Dazu stehen wir auch.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Nächster Redner ist der Abgeordnete Ulrich Singer für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Bitte, Sie haben das Wort.

Ulrich Singer (AfD): Geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Viele Studenten stehen finanziell immer stärker unter Druck bei der Miete, bei der Energie, beim Einkauf von Lebensmitteln. Bei vielen Studenten ist es so, dass sie feststellen, dass am Ende vom Geld noch sehr viel Monat übrig ist. Das darf nicht sein. Vollzeitstudium und Vollzeitarbeit passen nicht zusammen, ohne das Studium zu gefährden. Sehr oft ist selbst Teilzeitarbeit mit einem Studium kaum vereinbar. Gleichzeitig wollen wir, dass Fachkräfte ausgebildet werden und zeitnah auf den Arbeitsmarkt kommen. Deswegen ist es wichtig, dass das BAföG auch tatsächlich die Bildungschancen sichert und dafür sorgt, dass Bildungsgerechtigkeit geschaffen ist, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.

Deswegen haben wir eine klare Position. Wir werden dem Antrag der CSU und der FREIEN WÄHLER zustimmen. Die BAföG-Reform zum Wintersemester muss umge-

setzt werden. Herr Kollege Oetzinger, Sie haben auch recht bei einem Punkt, den Sie angesprochen haben: Ein Student darf letztlich nicht weniger haben als ein Bürgergeldempfänger. Das muss selbstverständlich sein. Ein Student leistet etwas, er arbeitet etwas, er trainiert sein Gehirn, er lernt, er wird ausgebildet. Auch das muss etwas wert sein. Da sollten wir auf jeden Fall zu einer Anpassung kommen.

Es ist auch sinnvoll, die Wohnkostenpauschale anzupassen, zu erhöhen. Die dynamische Anpassung ist sehr sympathisch, weil München einfach wesentlich teurer ist als zum Beispiel Passau. Wir sind auch für die Automatisierung der Anpassung der Freibeträge und Bedarfssätze. Die Inflation galoppiert, sie beträgt inzwischen 3 %. Sie wird wahrscheinlich noch höher werden. Da wollen wir nicht jedes Jahr nachschauen und hinterherrennen, sondern es soll automatisch angepasst werden.

Die Verfahren müssen vereinfacht werden. Ich finde es immer nett, wenn die Regierungskoalition die Digitalisierung für sich entdeckt und sogar auch die Künstliche Intelligenz einsetzen will. Wir haben 2026, und Bayern entdeckt die Künstliche Intelligenz. Das ist relativ spät, aber nett. Das schreiben Sie jetzt, glaube ich, in fast alle Anträge hinein.

Kollegin Osgyan, Sie wollen, dass man allen Anträgen zustimmt. Das ist schwierig. Die sind nicht ganz kompatibel. Deswegen werden wir den anderen Anträgen nicht zustimmen. Es ist insgesamt interessant, dass die SPD das Thema jetzt angesprochen hat. Es ist nicht schlecht, dass es angesprochen wurde, aber die Bundesministerin Bär hat auf Bundesebene vor zwei Tagen, am 14.06., klargestellt, dass an der Erhöhung des BAföG gearbeitet wird. Deswegen ist dieser ganze Antrag eigentlich nicht unbedingt erforderlich gewesen.

Entscheidend ist aber ganz klar, dass der CSU- und FREIE-WÄHLER-Antrag besser ist. Berlin muss liefern, was im Koalitionsvertrag zugesagt wird, und das muss umgesetzt werden. Das erwarte ich auch von einer Regierung, dass das umgesetzt wird, was man sagt, ohne dass man dann auch noch Hilfe braucht von den eigenen Par-

teien, die an der Regierung sind. Also, SPD: Reden Sie doch mit Ihren Leuten im Bundestag, genauso die CSU. Sie haben dort auch Vertreter, die mitregieren. Dann müssten wir diese Sachen nicht auch noch hier im Landtag miteinander diskutieren.

Sie bekämpfen hier nur das Symptom, aber nicht die Ursachen. Die müssen wir auch einmal ganz klar benennen. Die Inflation ist ja nicht vom Himmel gefallen. Die teure Energie kommt ja nicht von irgendwoher, sondern sie liegt an einem staatlichen Versagen. Die Transportkosten steigen, die Lebensmittelpreise steigen, die Wohnkosten steigen eben auch für unsere Studenten. Das liegt an zu wenig Wohnungsbau, zunehmender Bürokratie, hohen Standards und zusätzlicher Nachfrage. Aber hier haben wir auch wieder dieses Schlagwort, Herr Vorsitzender: Die irreguläre Massenmigration nimmt Wohnplätze weg, und deswegen steigen dann auch die Mieten.

Die GRÜNEN und die SPD reden vor allem über höhere staatliche Zahlungen. Klar ist, im Herzen sind sie Sozialisten. Aber wir als AfD-Fraktion benennen die Ursachen: Energiepreise, Wohnraummangel, Bürokratie, CO_2-Kosten, falsche Prioritäten. Sie können nicht immer nur die Fördersätze erhöhen und damit die Krise verwalten. Sie müssen nicht nur jetzt akut helfen, sondern wir müssen das Grundproblem lösen.

Deswegen Ja zu der schnellen Hilfe, Ja zur BAföG-Reform. Aber wenn Sie den jungen Menschen wirklich dauerhaft helfen wollen, wenn Sie den Bürgern in unserem Land wirklich helfen wollen, kümmern Sie sich endlich um das Wohnen. Kümmern Sie sich um die Energie. Kümmern Sie sich darum, dass das Leben wieder bezahlbar und das Land insgesamt wieder auf Kurs gebracht wird.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER der Kollege Prof. Dr. Michael Piazolo. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich kurz drei Punkte erwähnen bei dieser Vielzahl von Anträgen, die aber im Kern in eine ähnliche Richtung gehen.

Erstens. Es gibt niemanden hier im Haus, der BAföG ablehnt. Wir alle wollen es erhöhen, wir alle stehen dahinter, und wir alle wissen um die schwierige Situation der Studierenden in Bayern und in Deutschland insgesamt.

Insofern ist das – deshalb haben wir auch zusammen diesen Nachzieher gemacht –, was in dem Antrag der CSU-Fraktion und der FREIE-WÄHLER-Fraktion steht, völlig richtig. Wir wollen eine Erhöhung, eine Erhöhung der Grundversorgung, eine Erhöhung natürlich auch der Wohnpauschale; wir wollen es regional abgeschichtet. Wir wollen auch einen Automatismus haben. All das ist in diesem Antrag enthalten, und das ist richtig. Aber der Freistaat Bayern und dieses Parlament können das nicht durchsetzen. Dennoch können wir dieses Zeichen setzen und senden. Deshalb werden wir auch als Regierungsfraktionen zustimmen.

Zweitens. Warum reden wir darüber? – Es ist ein Bundesthema. Ich bin ebenfalls der Auffassung, die Kommunikation der Bundesministerin war suboptimal in ihrem Bereich, um es einmal so auszudrücken. Sie hat da sicher Verwirrung gestiftet, es sei denn, sie hat es so geschickt angestellt, dass sie so viel Verwirrung und Aufregung stiften wollte, damit die Aufregung ganz hoch ist und alle sagen: Jetzt müssen wir es machen. – Dann hätte sie es richtig gemacht; denn das Thema ist jetzt im Fokus. Wenn am Ende das BAföG entsprechend den Vorstellungen, die wir haben, erhöht wird, war es richtig, diese Debatte zu führen. Dennoch – darauf müssen wir aber im Detail nicht eingehen – glaube ich, dass man es hätte anders aufsetzen können.

Nun kommt der dritte Faktor: Wir reden hier im Bayerischen Landtag über etwas, das im Bundestag entschieden wird. Den Dringlichkeitsantrag bringt dann auch noch eine der Fraktionen ein, die in der Bundesregierung ist, nämlich die SPD. Ehrlich gesagt, verstehe ich das taktisch nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren; denn die

SPD ist nicht nur jetzt in der Bundesregierung, sie war auch vorher in der Bundesregierung, und sie war schon in der vorletzten Legislatur in der Bundesregierung. Liebe Kollegen der SPD, Sie hätten schon dreimal, in drei Legislaturperioden, in der Regierung dieses Ziel verwirklichen können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der SPD)

Dann stellen Sie sich im Bayerischen Landtag hin und sagen: Liebe Leute, helft uns, das zu verwirklichen! – In der letzten Legislatur haben Sie sogar den Kanzler mit Richtlinienkompetenz gestellt, und auch da hat die SPD es nicht vermocht, BAföG entsprechend umzusetzen.

(Zuruf: Aber wir sind ein hilfsbereites Parlament!)

– Ja, das ist schön. – Ich kann auch unterstützen, was vorher gesagt worden ist. So viel ich weiß, sitzen vier Parlamentarische Staatssekretäre der SPD aus Bayern in der Bundesregierung. Einfach einmal mit den Kollegen reden und sagen: Setzt euch vor Ort ein!

(Zuruf der Abgeordneten Katja Weitzel (SPD))

Dennoch ist es natürlich schon ganz nett, dass Sie mit dem Antrag die FREIEN WÄHLER bitten, Ihnen in Berlin bei der Bundesregierung zu helfen, etwas durchzusetzen. Da bedanken wir uns als FREIE WÄHLER und sagen: Ja, selbstverständlich kommen wir mit nach Berlin und versuchen, das zu unterstützen.

(Johannes Becher (GRÜNE): So wichtig waren die FREIEN WÄHLER noch nie!)

– So ist es, lieber Kollege Becher. Ich darf das nur noch einmal unterstützen. Das wurde gerade von einem GRÜNEN gesagt: So wichtig waren die FREIEN WÄHLER noch nie. – Besser kann man es nicht ausdrücken. Ich unterstütze diesen Satz und beende meine Rede mit dem Satz des Kollegen: So wichtig waren die FREIEN WÄHLER noch nie.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Für die Staatsregierung spricht jetzt Herr Staatsminister Markus Blume. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Markus Blume (Wissenschaft und Kunst): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist gerade vom Kollegen Piazolo und davor auch vom Kollegen der CSU schon viel Richtiges gesagt worden, meine Damen und Herren. Eines darf ich vielleicht zu Beginn einmal festhalten: Ganz offensichtlich ist es so, dass das Hohe Haus anlässlich dieser Debatte sein Herz für die Studierenden im Freistaat Bayern und in der ganzen Republik entdeckt hat und auf unterschiedliche Art und Weise zum Ausdruck bringt, dass BAföG eine ganz, ganz wichtige Leistung ist, definitiv kein Almosen, keine Sozialleistung, sondern etwas, das mit Bildungsteilhabe und Bildungsgerechtigkeit zu tun hat. Deswegen waren wir im Freistaat Bayern schon immer auf der Seite pro BAföG, pro Studierende, pro Zukunft an unseren Hochschulen. Bei diesem Kurs, meine Damen und Herren, bleiben wir auch.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Jetzt zum Ersten zur Frage dieses Antrags: Liebe Frau Weitzel, Sie haben den Antrag vorhin ausführlich begründet. Ich darf Ihnen zunächst einmal attestieren, dass der Antrag zum BAföG tatsächlich überholt ist. Es ist schon eine besondere Kunst, hier als Dringlichkeitsantrag einen Antrag zu stellen, der überholt ist. Wir haben es von den Vorrednern gehört. In der Zwischenzeit ist doch alles klargestellt. Die Ministerin hat es zuletzt auch im Bayerischen Rundfunk gesagt; ich darf zitieren: "Wir arbeiten an der Erhöhung. [...] Unser Zeitplan vom Ministerium ist nach wie vor, dass es Ende Juli ins Kabinett geht." Sie werfen sich hinter einen fahrenden Zug. Liebe Frau Weitzel, auch wenn Sie von Ihrem Fraktionsvorsitzenden abgelenkt werden, sollten Sie sehen, dieser Antrag kommt zu spät, und er ist auch unbehelflich.

Ich will zum Zweiten sagen, liebe Frau Weitzel, dass der Antrag auch irreführend ist. Irreführend ist er deswegen – der Kollege Piazolo hat das schon wunderbar herausgearbeitet –: Sie formulieren so einen Jammerantrag und tun so, als hätten Sie mit all den Dingen in Berlin in den letzten 25 Jahren noch nie etwas zu tun gehabt. Ich darf darauf hinweisen – – Frau Weitzel, ich weiß, es ist sehr spannend, was Ihr Fraktionsvorsitzender sagt. Aber ich versuche gerade, mich mit Ihren Argumenten auseinanderzusetzen. Das ist auch eine Frage des Respekts hier an der Stelle.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das ist eine Frage der Höflichkeit!)

Liebe Frau Weitzel, die SPD ist seit 1998 mit einer Unterbrechung von vier Jahren unentwegt in der Bundesregierung. Es gibt keine Partei im Deutschen Bundestag, die seit 1998 längere Zeit an der Bundesregierung beteiligt war. Da stellen Sie sich hierhin und sagen, dass das, aus welchen Gründen auch immer, die ganzen Vorgängerregierungen nicht machen konnten, und jetzt braucht es die Bayern-SPD. Nein, ich sage Ihnen, Frau Weitzel, die Bayern-SPD braucht es auch an dieser Stelle definitiv nicht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich darf Sie fürs Protokoll darauf hinweisen: Sie sind Teil der Bundesregierung, und Sie haben alle Möglichkeiten, sich dort einzubringen.

Zuletzt haben Sie hier vorhin noch eine Nebelkerze geworfen. Ich erinnere mich gut an die letzte BAföG-Reform. Die war nämlich in der letzten Legislaturperiode,

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

und da hatten wir eine Ampel-Regierung. Diese Ampel-Regierung musste zum Jagen getragen werden. Also freiwillig ist anders. Wissen Sie, was diese Ampel-Regierung zustande gebracht hat, Frau Weitzel? – Eine BAföG-Erhöhung um 24 Euro! 24 Euro plus eine Erhöhung bei den Wohnkosten. Das war die große Ampel-Reform.

Jetzt haben Sie gesagt, das war die erste Reform seit Jahrzehnten. – Das ist auch falsch, ist wirklich völlig falsch. Im Jahr 2008 ist das 22. BAföG-Änderungsgesetz beschlossen worden. Wir haben jetzt 2026, und es gilt das 30. BAföG-Änderungsgesetz. Das BAföG wird regelmäßig verändert. Stellen Sie bitte hier im Bayerischen Landtag nicht solche Anträge, die relativ frei von empirischer Basis sind.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Jetzt vielleicht auch noch etwas in der Sache: Ganz erkennbar ist offensichtlich in Berlin im Moment vieles gerade nicht so einfach, auch beim BAföG nicht; denn das BAföG ist nicht die einzige Reform. Sie haben sich hier vorhin auch über die Verzögerung beschwert. Ja, ich würde mir das auch schneller wünschen mit dem BAföG. Auch für die Studierenden wäre es gut, wenn wir schneller Klarheit hätten. Aber zu einem Teil der Verzögerung müssten Sie vielleicht einmal bei Ihrem Parteivorsitzenden nachfragen, wie man auf die Idee kommen kann, zwar für eine BAföG-Reform zu sein, aber gleichzeitig zunächst die Idee zu vertreten, dass die Bundesforschungsministerin diese doch bitte aus ihrem eigenen Etat bezahlen soll.Das heißt nichts anderes, als dass an anderer Stelle, nämlich bei den Hochschulen, bei der Wissenschaft und bei den Forschenden massiv gespart werden soll. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Ausspielen einer Gruppe gegen die andere ist keine Wissenschafts- und Forschungspolitik aus einem Guss und ist deswegen von Dorothee Bär zu Recht abgelehnt worden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe großes Verständnis dafür, dass es im Hohen Haus in Berlin, im Deutschen Bundestag, wenn so viele Reformen gerade in Rede stehen, auch darum geht, am Ende kraftvolle Gesamtpakete zu schnüren und nicht nur das, was dem einen jetzt gerade besonders wichtig ist, nach vorne zu bringen.

Ich will zu Ihrem Antrag noch ein Letztes sagen. Er ist natürlich auch unbehilflich; denn jetzt sollen wir hier plötzlich eine neue Bundesratsinitiative starten. Kollegin Osgyan

hat sich ebenfalls in diese Richtung geäußert. Ich darf darauf hinweisen, dass der Freistaat Bayern im Jahr 2024 eine umfangreiche Notiz bei der letzten BAföG-Änderung im Bundesrat zu Protokoll gegeben hat. In dieser Notiz steht alles, was wir wollen und was Sie in diesen Anträgen wiederfinden. Wir haben bei den Koalitionsverhandlungen dafür gesorgt, dass die BAföG-Reform mit diesen Punkten Eingang gefunden hat. Der Deutsche Bundesrat hat zuletzt am 6. März mit der Stimme des Freistaats Bayern einen Entschließungsantrag beschlossen, dass die BAföG-Reform kommen muss.

Die Wissenschaftsministerinnen und -minister der Republik sind sich einig. Alle sind sich einig, nur die Bayern-SPD glaubt, dass wir noch einen Antrag brauchen. Nein, den brauchen wir nicht, den haben wir schon, und die Gefechtslage ist insoweit auch klar: Die BAföG-Reform muss kommen, und sie wird auch kommen, weil viele Elemente, liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich ohne jeden Zweifel wichtig sind. Es ist nicht nachzuvollziehen, warum die Lebenshaltungskosten eines Studierenden anders zu bemessen wären als die eines Bürgergeldempfängers. Das ist keine Frage. Es ist wichtig klarzumachen, dass wir beim BAföG auch die Verfahren dringend reformieren müssen. Zu wenig junge Menschen beantragen heute BAföG, weil zum Teil die Verfahren unendlich kompliziert, langwierig und bürokratisch sind. Das heißt, wir müssen entbürokratisieren und digitalisieren. Das ist ebenfalls Teil dieser BAföG-Novelle.

Abschließend will ich sagen: BAföG ist ein wichtiges, aber beileibe nicht das einzige Instrument. Ich bin wirklich stolz auf uns hier im Freistaat Bayern, dass wir an ganz vielen Stellen gezeigt haben, dass bei uns die Studierenden im Mittelpunkt unseres Handelns stehen. Wir bauen die Hochschulen aus, wir sparen nichts kaputt, sondern wir legen in jedem Doppelhaushalt eine riesige Schippe drauf. Zuletzt hat diese in Summe eine ganze Milliarde betragen.

Ich kann nur sagen: Liebe Bayern-SPD, Ihr Konzept, Nebelkerzen zu werfen, wird auch in dieser Debatte nicht funktionieren. Was mich als Münchner in der letzten Zeit in Bezug auf die SPD besonders geärgert hat, will ich an der Stelle noch einmal

sagen: Im Münchner Rathaus selbst an den Kindergärten sparen, das Ganze dem Freistaat in die Schuhe schieben wollen und im Landtag dann Robin Hood spielen, das funktioniert bei diesem Thema nicht und beim BAföG auch nicht.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dazu hat die Abgeordnete Katja Weizel von der SPD-Fraktion das Wort.

Katja Weitzel (SPD): Sehr geehrter Herr Blume, das Kompliment mit den Nebelkerzen kann ich an dieser Stelle nur zurückgeben. Ich glaube, es bringt überhaupt nichts, wenn wir hier den Ball hin- und herspielen. Das Einzige, was ich konstatiere, ist, dass Ihre Aussage zu Bundesministerin Bär ein dröhnendes Schweigen der CSU-Fraktion zur Folge hatte. Und genau in diese Richtung geht unser Antrag.

Es gibt noch einen nachgezogenen Antrag von Ihnen, dem wir wohlwollend entnehmen, dass Sie sich dafür einsetzen werden, dass die Reform pünktlich und wie geplant umgesetzt wird. Das nehmen wir positiv zur Kenntnis und werden dem Antrag zustimmen. Man kann uns also nicht vorwerfen, dass wir hier gegen alles sind. Insofern bin ich jetzt einmal gespannt auf die Erklärung, warum Sie unseren Antrag so vehement ablehnen.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Staatsminister.

Staatsminister Markus Blume (Wissenschaft und Kunst): Ich habe jetzt keine klare Frage herausgehört; aber ich habe verstanden, dass Sie unseren Antrag doch irgendwie okay finden. Das ist schon einmal gut. Ich würde vielleicht noch den Hinweis des Kollegen Stephan Oetzinger aufgreifen: Hin und wieder mit Berlin telefonieren, wenn man Teil der Bundesregierung ist, schadet nicht. – Ich kann Ihnen nur sagen, dass das alles sehr kompliziert ist. Ich telefoniere praktisch jeden Tag mit Berlin, und wir versuchen, dort etwas hinzubekommen.

(Zuruf von der SPD: Wir auch!)

Wenn wir uns jetzt jeden Tag mit Aussagen aus den Regierungskoalitionen in Berlin beschäftigen müssten, würden wir hier unsere Aufgabe verfehlen. Mir würde vieles einfallen, beispielsweise zu Ihrer anderen Parteivorsitzenden Bärbel Bas. Dazu könnte man hier jeden Tag Dringlichkeitsanträge stellen. Das ist doch nicht unsere Aufgabe. Unsere Aufgabe ist es, im Land etwas voranzubringen.

Liebe SPD, ich kann Ihnen nur sagen, wenn wir in Berlin gemeinsam einmal wieder Weichenstellungen für Wirtschaftswachstum vornehmen, dann wird in der Republik alles deutlich einfacher, auch die BAföG-Reform.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/12393 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/12409 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 19/12410 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der

AfD, der GRÜNEN und der SPD. Gegenstimmen? – Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Bevor wir zu den nächsten Dringlichkeitsanträgen kommen, gebe ich bekannt, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu ihrem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 19/12397 betreffend "Wien zeigt den Weg: Keine dritte Start- und Landebahn in München" eine namentliche Abstimmung beantragt hat.

Ich gebe nun das Ergebnis der vorher durchgeführten Wahl eines Vizepräsidenten des Bayerischen Landtages, Tagesordnungspunkt 3, bekannt. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben 155 Abgeordnete teilgenommen. Es waren keine Stimmen ungültig. Auf Herrn Abgeordneten Andreas Winhart entfielen 25 Ja-Stimmen und 129 Nein-Stimmen. Der Stimme enthalten hat sich ein Abgeordneter. Damit hat der Abgeordnete Andreas Winhart nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht. Der Tagesordnungspunkt 3 ist damit erledigt.

Weiter gebe ich das Ergebnis der vorher durchgeführten Wahl eines Schriftführers des Bayerischen Landtags, Tagesordnungspunkt 4, bekannt. Auch hier ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Bei der Ermittlung der erforderlichen Mehrheit werden Enthaltungen nicht berücksichtigt. An der Wahl haben 154 Abgeordnete teilgenommen. Hiervon war eine Stimme ungültig. Auf Herrn Abgeordneten Benjamin Nolte entfielen 23 Ja-Stimmen und 126 Nein-Stimmen. Der Stimme enthalten haben sich 4 Abgeordnete. Damit hat Herr Abgeordneter Benjamin Nolte nicht die erforderliche Mehrheit der Stimmen erreicht. Der Tagesordnungspunkt 4 ist damit erledigt.

Außerdem gebe ich noch das Ergebnis der vorher durchgeführten Wahl eines Mitglieds des Parlamentarischen Kontrollgremiums, Tagesordnungspunkt 5, bekannt. Nach Artikel 2 des Parlamentarischen Kontrollgremium-Gesetzes ist gewählt, wer die

Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Landtags auf sich vereint. An der Wahl haben 161 Abgeordnete teilgenommen. Ungültig war keine Stimme. Auf Herrn Abgeordneten Matthias Vogler entfielen 26 Ja-Stimmen und 132 Nein-Stimmen. Der Stimme enthalten haben sich 3 Abgeordnete. Ich stelle fest, dass Herr Abgeordneter Matthias Vogler nicht zum Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums gewählt worden ist. Der Tagesordnungspunkt 5 ist damit ebenfalls erledigt.